

# Das Bürgerversicherungsmodell der SPD und die Alternativen von Grünen und Schwarz-Gelb

SPD-Parteivorstand  
Stand: 13. April 2011



## Schwarz-Gelbe Gesundheitspolitik

### Die Bürgerversicherung

### Grüne Bürgerversicherung

#### Grundlegende Ziele

- Die Bürgerversicherungskonzepte haben die Abschaffung der Zwei-Klassen-Medizin durch ein einheitliches Versicherungssystem zum Ziel, in dem perspektivisch alle Bürgerinnen und Bürger versichert sind.
- Durch eine Finanzierung auf breiteren Schultern kann auch für alle eine gute Versorgung gewährleistet werden. Alle haben in Zukunft wieder gleichen Zugang zum medizinischen Fortschritt.
- Die Bürgerversicherungsmodelle wollen die Solidarität stärken.

- ▶ Die schwarz-gelbe Gesundheitspolitik verschärft die Zwei-Klassen-Medizin.
- ▶ Sie verschiebt die Zukunftslasten immer weiter einseitig auf die Versicherten.
- ▶ Sie stärkt die PKV und damit die Gewinne der PKV-Unternehmen.
- ▶ Die Solidarität ist mit den Kopfpauschalen aufgekündigt.

#### Be-/Entlastung der Versicherten

- Die SPD will die Arbeitnehmer und alle Versicherten entlasten. Deshalb werden wir beim Bürgerbeitrag die Beitragsbemessungsgrenze nicht anheben.
- Der Beitragssatz wird in einem realistischen Maß spürbar gesenkt (7,6 statt heute 8,2 Prozent), damit alle Versicherten sofort entlastet werden.
- Zusatz- und Sonderbeiträge werden abgeschafft. Alle Beiträge werden solidarisch erhoben.
- Familienangehörige bleiben beitragsfrei mitversichert.

- In der Grünen Bürgerversicherung wird die Beitragsbemessungsgrenze auf 5.500 Euro angehoben.
- Damit werden vor allem die guten, mittleren Einkommen belastet, während die höchsten Einkommen nicht einbezogen werden.
- Versicherte müßten bei den Grünen bis zu 400 Euro Arbeitnehmerbeitrag zahlen, statt einem Höchstbeitrag von ca. 280 Euro im SPD-Modell.
- Auch die unteren Einkommen könnten, wie beim SPD-Modell, durch sinkende Beitragssätze entlastet werden.
- Mit einem Beitragssplitting für Ehegatten stellen die Grünen die beitragsfreie Familienmitversicherung in Frage.

- ▶ Die Versicherten werden gleich doppelt belastet.
- ▶ Höhere Beiträge treffen alle Versicherten.
- ▶ Die Zusatzbeiträge werden unsolidarisch erhoben und treffen die am meisten, die am wenigsten haben.
- ▶ Auf einen Sozialausgleich können nur sehr wenige hoffen, er wird weitestgehend wirkungslos sein.
- ▶ Die Solidarität ist aufgekündigt.



### Die Bürgerversicherung



### Grüne Bürgerversicherung

## Schwarz-Gelbe Gesundheitspolitik

#### Be-/Entlastung der Arbeitgeber

- Die Arbeitgeber werden zur Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung mit rd. vier bis fünf Milliarden Euro belastet.
- Um die Belastung gerechter zu gestalten, wird die Beitragsbemessungsgrenze für Arbeitgeber aufgehoben. Damit müssen endlich Banken und Versicherungen mit ihren hohen Gehältern und Boni einen gerechten Anteil leisten.
- Weil dadurch der Beitragssatz für die Arbeitgeber auf ca. 7,1 Prozent sinken kann, werden die meisten Betriebe mit normalen Einkommen entlastet.

- Statt die höchsten Einkommen und vor allem die immer wichtiger werdenden Bonuszahlungen über den Arbeitgeberbeitrag einzubeziehen, heben die Grünen auch hier die Beitragsbemessungsgrenze auf 5.500 Euro an.
- Damit wird Arbeit, wie im SPD-Modell im unteren Einkommensbereich entlastet, aber im oberen Bereich nicht belastet. Die mittleren Einkommen der Angestellten, Ingenieure und Facharbeiter müssen daher, wie bei den Arbeitnehmerbeiträgen, die Last tragen.

- ▶ Die Arbeitgeber werden massiv entlastet.
- ▶ Die Arbeitgeberbeiträge sind festgeschrieben und steigen nicht mehr.
- ▶ Die Parität ist damit beendet.

#### Paritätische Finanzierung

- Die ungerechte Verteilung der Beiträge (60 Prozent Versicherte / 40 Prozent Arbeitgeber) muss beendet werden.
- Wir wollen, dass beide Seiten real gleich viel zahlen (sog. nominale od. „echte“ Parität).
- Wegen den unterschiedlichen Bemessungsgrundlagen kommt trotz gleicher Zahlungen für beide Seiten zu unterschiedlichen Beitragssätzen.

- Die Grünen wollen eine Parität der Beitragssätze (sog. nominelle oder „unechte“ Parität).
- Weil sie alle Einkommen verbeitragen wollen, zahlen am Ende die Versicherten auch mit normalen Mieteinnahmen oder Sparguthaben oben drauf – damit ist die Parität wie heute zu Lasten der Versicherten verzerrt – trotz (!) gleicher Beitragssätze.

- ▶ Heute zahlen die Versicherten rd. 10 Milliarden Euro mehr an Beiträgen.
- ▶ Dieses Missverhältnis wird sich durch das Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge vertiefen.
- ▶ Die Versicherten müssen dadurch immer mehr aus der eigenen Tasche zahlen.



### Die Bürgerversicherung



### Grüne Bürgerversicherung

## Schwarz-Gelbe Gesundheitspolitik

#### Nachhaltigkeit der Finanzierung

- Der Anteil der Vermögenseinkünfte steigt. Deshalb will die SPD einen aufwachsenden Steuerbeitrag.
- Zur Gegenfinanzierung wird die Abgeltungssteuer angehoben. Damit sind hohe Kapitaleinkünfte beteiligt.
- Mit dem Arbeitgeberbeitrag ohne Beitragsbemessungsgrenze machen wir das Gesundheitssystem widerstandsfähiger gegen die aufgehende Einkommensschere.

- Auch die Grünen wollen die Beitragsbasis verbreitern, sie sagen aber nicht wie. Somit bleibt das eine leere Versprechung.
- Weil die Grünen die wirklich hohen Einkommen beim Arbeitgeberbeitrag nicht antasten, ist das Grünen-Modell durch die aufgehende Einkommensschere nicht zukunftsfest finanziert. Dies müssen die Versicherten mit ihren verbeitragten Sparerträgen ausgleichen.

- ▶ Alle Kostensteigerungen laufen zu Lasten der Versicherten in die Kopfpauschale.
- ▶ Sie drohen ins Unermessliche zu steigen.
- ▶ Die Folge werden Leistungskürzungen sein.
- ▶ Den Sozialausgleich müssen die Versicherten aus ihren Beiträgen bezahlen. Das belastet die mittleren Einkommen zusätzlich.
- ▶ Dadurch fährt das Rösler-System in wenigen Jahren an die Wand.

#### Übergangspfade: Seriosität & Umsetzbarkeit

- Das SPD-Konzept funktioniert vom ersten Tag an.
- Bislang Privatversicherte dürfen ihre Verträge behalten.
- Sie können freiwillig innerhalb des ersten Jahres in die Bürgerversicherung wechseln, ohne Alters- und Risikobeschränkung.
- Eine sofortige Integration aller PKV-Versicherten in die Bürgerversicherung ist nicht seriös.
- Bei einer Verbeitragung aller Miet- und Vermögenseinnahmen stehen Ertrag und Aufwand nicht in einem angemessenen Verhältnis.

- In ihrer Berechnung unterstellen die Grünen, dass sofort mit Einführung 100 Prozent der deutschen Bevölkerung automatisch Mitglied in der Bürgerversicherung sind. Dies ist nicht umsetzbar und verfassungsrechtlich unmöglich.
- Die Verbeitragung aller Einkommensarten ist zudem bürokratieaufwendig und ertragsarm. Dies ist ein falsches Versprechen mit Gerechtigkeitssymbolik, die nicht zu halten sein wird.
- Die Grüne Bürgerversicherung ist eine Zielbeschreibung, die die Einkommensmitte belastet, und die nicht umsetzbar ist.

- ▶ Die Rösler-Reform ist so ungenügend, dass eine neue Reform unmittelbar nach der kommenden Bundestagswahl notwendig wird.